

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

572 (16.12.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land. Weitaus größte Leserschaft von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen. Wochen-Beilagen: „Sportblatt“, erscheint jeden Montag. — „Volk und Heimat“, erscheint jeden Samstag.

Glacium und Veria...
Verantwortl. für Baden: Dr. H. Müller...
Verantwortl. für den Rhein: Dr. H. Müller...
Verantwortl. für den Nord: Dr. H. Müller...

Verantwortl. für den Süd: Dr. H. Müller...
Verantwortl. für den West: Dr. H. Müller...
Verantwortl. für den Ost: Dr. H. Müller...

Nr. 572.

Karlsruhe, Dienstag den 16. Dezember 1919.

35. Jahrgang.

Auswärtige Politik.

Karlsruhe, 16. Dezember.
II.)

E. R. Wir müssen anfangen, um uns zu schauen und die von Grund aus veränderte Welt um uns herum zu erkennen. Wir — das heißt hier wirklich, was es befragt: wir Staatsbürger — müssen den weltlichen Geschichts im parlamentarisch demokratisch gewordenen Reich ohne Ausnahme. Schlußlos sind die Sünden und Lücken, die „oben“ vorliefen, sind die Reaktionen nicht von allen Seiten nicht gewesen. Wenn hatten sie einen Einfluß, auf die Personalauswahl unseres auswärtigen Dienstes, und gewiß lag es in der ganzen Natur und Struktur des alten Systems, daß selbst der Reichstag nicht viel Einblick in die außenpolitischen Geschäfte bekam. Immerhin, so ist es nicht zu verkennen, daß die Reichsversammlung selbst damals nicht zu tun brauchte und wären es auch nicht gewesen, wenn sie nur selber sein Brauchen an jenen Geschäften gehabt und sie wenigstens in den Grenzen des Möglichen hätten beeinflussen wollen. Nur freilich, Voraussetzungen dazu wäre gewesen, daß ein nennenswerter Bruchteil der Wähler und möglichst viele Volkstribüne, Kenntnisse von den außenpolitischen Problemen besäßen und diese Kenntnisse zu nachhaltiger und sachkundiger Kritik erweitern könnten. Aber Michel war es noch von Bismarcks Zeiten her gewöhnt, daß es überflüssig ist, um die auswärtige Politik — es sei denn als Kanarienvogel am Bier — zu kümmern. Die verhältnismäßig wenigen Deutschen, die wenigstens die Notwendigkeit erkannten, gingen den alldeutschen Schwärmern ins Geißel, die subjektiv ehrlich und besten Willens, sich ihnen als die echten Erben Bismarckscher Tradition anpaßten, aber in Wahrheit nicht weniger Ideologen waren als ihre pazifistischen Gegenüber.

Das muß anders werden. Heute ernannt kein unverantwortlicher Monarch mehr die Minister und die Diplomaten, sondern die gesamte Regierung geht aus dem Willen der Mehrheitspartei der vom Volke gewählten Reichsversammlung hervor. Für die Wahl unfähiger Minister und für deren Fehler sind die Parteien der Nation verantwortlich. Damit ist nicht nur ein Einfluß der Nation selber auf die auswärtige Politik des Reiches, sondern auch eine mittelbare Verantwortung der Nation für sie erwachsen. Wie anders aber kann die Nation diese Verantwortung tragen, wenn ihre nennenswerten Glieder die Pflicht erkennen und erfüllen, sich Kenntnisse und zwar nicht nur oberflächliche, von allen Hauptfragen der außenpolitischen Probleme zu erwerben? Freilich verbürgt in der Politik, wie anderswärts, Wissen nicht schon Urteil; wohl aber ist richtiges Urteil — neben anderem — an die Voraussetzungen eines Urteilsmaßstabes von Wissen gebunden. Und darum ist die Erwerbung eines möglichst gründlichen und auch umfänglichen Wissens vom Ausland, seinen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen und Entwicklungstendenzen fortan ebenso Pflicht jedes deutschen Staatsbürgers wie das Wissen von diesen Zuständen und Tendenzen in Deutschland selber.

Es ist ohne weiteres anzugeben, daß es für den deutschen Staatsbürger, selbst bei Einfluß und gutem Willen, nicht leicht sein wird, diese bisher ganz vernachlässigte, jetzt aber dringend gebotene Pflicht zu erfüllen. Nur der verhältnismäßig kleinen Zahl B-güter kann man zuzutrauen, sich die geeignete Literatur zu kaufen und zu studieren. Die übrigen sind angehalten, der ungeheuren Umwälzung durch den Weltkrieg zu einem erheblichen Teile laßter entwertet ist, wenn auch andere Standpunkte, wie z. B. Bismarcks „Gedanken und Entwürfe“ und die jetzt herausgegebenen „Dokumente über die Entstehung des Weltkrieges“ von dieser Entwertung nur bedingt betroffen werden. Die Masse der Staatsbürger muß ihre Belehrung schon aus anderen Quellen schöpfen. Und da kommen in erster Linie die Auslieferungsarbeiten von Parteien, gemeinnützigen Vereinen und mancherlei öffentlichen Körperschaften, sowie die Zeitungen in Betracht.

Den politischen Parteien erwächst hier in der Tat eine zwar schwerere, aber auch dankbare, ehrenvolle und für sie selber fruchtbar Aufgabe. Schmierig, weil es ja leider in ihren Ministerverhältnissen — die Abgeordneten nicht aus, sondern gerade eingeschlossen — sehr an wirklichen Auslandskenntnissen fehlt. Sie werden also darauf bedacht sein müssen, zunächst außerhalb ihres engeren Reiches lebende Männer zu suchen, die geeignet wären, sowohl ihnen selber als auch ihren Delegierten in Stadt und Land begreifbare Vorträge über Auslandsverhältnisse zu halten, vielleicht auch regelmäßige Kurse zu veranstalten. Solche Männer gibt es immerhin wohl mehr, als man gemeinhin glaubt, unter den größeren Intellektuellen und Kaufleuten, den Journalisten und eben jetzt wohl besonders auch unter den Auslandsdeutschen, die von ihren Wirkungsfeldern vertrieben in der Heimat nach nützlicher Betätigung hungern. Nur dürfen die Parteien bei der Suche und Auswahl solcher Männer nicht ausschließlich darauf bedacht sein, daß diese Männer auf ihre der Parteien, innerpolitische Richtlinien eingeschoren sind. Trifft zufällig beides zusammen, um so besser. Aber entscheidend darf dieser Gesichtspunkt nicht sein, und es ist daher auch gar nicht, ist sogar nützlich, wenn sie gelegentlich eine arg: Kezeler gegen dieses oder jenes Parteibündnis vorbringen: derlei regt zur Nachprüfung der eigenen Glaubenssätze an und kann zu verbesserter Korrektur solcher oder auch ganz falscher Vorstellungen führen. Als wichtigsten Gewinn solcher Veranstaltungen wird man neben der Verbreitung von Auslandskenntnissen und der Ausmerzung oder doch Erschlüpfung falscher Vorstellungen die Erweckung von Interesse in Schichten erschöpfen dürfen, die bisher zum größten Teile nur einen Kirchturnsborstigen haben. Parteien, die hier sich planmäßig und geschickt vorgehen, werden sich damit um Volk und Vaterland verdient machen und schließlich auch das eigene Interesse fördern. Daß die Zeitumstände gerade für solche Parteiarbeit günstig liegen und der Wunsch, über außenpolitische Fragen berufene Männer zu hören, heute in breiten Schichten lebendiger als je ist, erweckt uns nicht nur an die Tatsache zu denken, daß Veranstaltungen von denen bedeutende Persönlichkeiten oder Parlamentarier über die Außenpolitik sprechen, sich stets eines guten Zuspruchs erfreuen.

Ist die hier skizzierte Aufklärungs- und Erziehungsbewegung der Parteien unentbehrlich, so kann sie selbstverständlich aus äußeren und inneren Gründen doch nicht genügen. Sie muß vielmehr ergänzt werden durch informelle Arbeit der Presse. Die Presse ist schon immer eine, vielleicht darf man sagen: die Hauptquelle für die Verbreitung von Auslandskenntnissen gewesen, und wenigstens die große halboffene auch früher schon Erzieher geleistet. Wir sprechen das aus,

ohne zu verkennen, daß neben der Zeitung auch viel Unzulänglichkeit gestanden hat. Insofern daran die — im Vergleich zu der großen englischen, amerikanischen und auch französischen Presse — Kürzlichkeit der Mittel schuld war, mit denen die deutsche Presse ihren Auslandsdienst bestritt und zum großen Teil bestritten mußte, ist leider auf absehbare Zeit keine Besserung zu erhoffen, eher das Gegenteil. Denn die Entwertung der Mark schraubt auch hier unvermeidlich die Kosten für jede Vertretung im Auslande in ruinöse Höhe, nicht nur für die beabsichtigte, sondern auch und sogar erst recht, für die drahlische Berichtserstattung. Dennoch muß im Grundgedanken verbleiben und darf auch in der Praxis erwartet werden, daß die großen Zeitungen im Bewußtsein der ihnen obliegenden idealen Verpflichtung das Mögliche tun werden, um wieder einen leistungsfähigen Auslandsdienst aufzubauen. Der Wert einer Auslandsberichterstattung, wie sie für den Großteil der deutschen Presse in der nächsten Zukunft praktisch in Betracht kommt, darf nicht nach ihrer Fügigkeit und nach stilistischer Feuerwerkerei beurteilt werden, sondern danach, ob sie mit trefflicherem Instinkt dem deutschen Leser die wichtigsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte und Probleme ihres Reiches in den richtigen Zusammenhängen vorführt, so daß er von ihrer Bedeutung einen sachlich zu-

treffenden Begriff bekommt. (Dazu wäre in einem Fachblatt noch manches mehr zu sagen; im Rahmen unseres Themas müssen wir uns auf Andeutungen beschränken.)

Endlich kann und muß aber auch die große Zahl der kleinen Blätter, von denen billigerweise überhaupt keine Aufzählungen für einen eigenen Auslandsdienst zu verlangen sind, der großen Sache, von der wir reden, dienlich gemacht werden. Und sie kann es, wenn diese Blätter, die zumeist ein Publikum erschaffen, das weder die Parteipositionen noch die großen Zeitungen wirklich erreichen und nachdrücklich beeinflussen, das von jenen und diesen zumangebrachte Auslandsmaterial mit Intelligenz und Spürsinn sichten, auszuwählen und in die für ihr Publikum entsprechende Form umzuformen. Natürlich wird es nicht immer leicht sein, den nötigen Raum dafür zu schaffen — suchen unter der Knaut heute doch auch die allergrößten Zeitungen! — aber wo nur die rechte Einsicht in die überragende Wichtigkeit der Aufgabe sich durchgesetzt hat, da wird guter und fester Wille auf Wege finden, ihr wenigstens einigermaßen gerecht zu werden. Daß wir selber entschlossen sind, planmäßig und zielbewußt nach den Grundrissen neu aufzubauen, die wir hier entwirft haben, bedarf wohl keiner Versicherung.

Die deutsche Antwortnote.

Weitestes Entgegenkommen der deutschen Regierung.

Die deutsche Antwortnote — überreicht.

D. Bern, 16. Dez. (Privattelegr.) Die deutsche Antwortnote ist gestern vormittag dem Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasia, überreicht worden. Nach in Paris verbreiteten Nachrichten wird der Oberste Rat der Alliierten sich auf keine Weise mündliche Verhandlungen einlassen. Nach Prüfung der deutschen Antwort und jedes einzelnen Dokuments, das vorgelegt werden wird, wird der Oberste Rat eine formelle Antwort erteilen, die den Charakter eines Ultimatums haben und den Zeitpunkt für die Unterzeichnung des Protokolls und die Ratifizierung des Friedens festsetzen wird. Wegen der Erkrankung Clemenceaus wird der Oberste Rat erst wieder Dienstag früh tagen und dann seine Entschlüsse über die Deutschland gegenüber zu sendenden Maßregeln treffen. Er wird auch den Kanzler Renner hören.

dem Gegner zu übergeben seien, wenn die deutsche Regierung die Friedensbedingungen annimmt. Dieser Befehl beweist neuerdings, daß die irrtümliche Auffassung, daß der Zustand des Waffenstillstandes aufgehört und der Kriegszustand von neuem eingetreten sei, den Admiral von Bauer bewogen, seine Tat zu begehen. Unter diesen Umständen hielt er es für seine Pflicht, nach den allgemeinen, für den Krieg gültigen Regeln zu handeln, die jedem Seefahrer die Pflicht auferlegen, sein Schiff nicht in die Hände des Feindes fallen zu lassen. Überdies existieren die nämlichen Befehle in den Flotten Großbritanniens und Frankreichs. Die deutsche Regierung hält die Auffassung, daß das beste Mittel, um zu einer gerechten Lösung des Konfliktes zu gelangen, in dem internationalen Schiedsgericht zu erblicken ist, aufrecht. Diese Maßnahme hätte in keiner Weise die Verzögerung des Inkrafttretens des Friedensvertrags zur Folge gehabt. Die deutsche Regierung kann es nur bedauern, daß die Alliierten sich im Gegenteil auf einen entgegengesetzten Standpunkt gestellt haben, nämlich, daß es sich um einen Kriegszustand handele, und daß die Erledigung den Siegern zuliebe.

WB. Paris, 15. Dez. (Agence Havas) Man übermittelte am 14. Dez. dem Text der deutschen Note, welche heute morgen dem Sekretär der Friedenskonferenz überreicht wurde. Die wesentlichen Stellen seien hier wiedergegeben: Die deutsche Regierung legt Wert darauf, das Mißverständnis zu beseitigen, wonach Dutasia auf dem Ausgange für das gegenwärtige Verhalten der amerikanischen Delegierten in dem vom Friedensvertrag vorgehenden Kommissionen das Recht beansprucht, die Bestimmungen bezüglich der Auslieferung von Personen, welche Kriegsverbrechen begangen haben, zu ändern, und bezüglich der Teilnahme an der Kriegsführung abgeändert zu werden. Die Heimgreifung der Kriegsverbrecher wurde gelegentlich der Auslieferungsforderung nicht erwähnt. Die deutsche Regierung hat schon vor Einbruch der Note der Alliierten vom 1. November die Gründe geltend gemacht, welche eine Abänderung der Auslieferungsbestimmungen des Friedensvertrages notwendig erscheinen lassen. Diese Gründe bedürfen noch wie vor eingehender Berücksichtigung seitens der Entente. Die deutsche Regierung hat ihre Zustimmung betreffend die Aufhebung des Vertrags von der Wahrscheinlichkeit der Regelung dieser Fragen nie abhängig gemacht.

Die deutsche Regierung, von dem Wunsche beseelt, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen, das einer schnellen Wiederherstellung des Friedenszustandes im Wege steht, erklärt sich bereit, den alliierten und assoziierten Regierungen durch die Zerstörung der Kriegsschiffe verursachten Schäden wieder gut zu machen. Immerhin ist sie gegenwärtig nicht in der Lage, die Wiedergutmachung in der Weise, wie sie im Protokoll vom 1. November vorgesehen ist, zu verwirklichen; denn aus der gemeinsamen Befragung dieser Frage geht hervor, daß die Ausführungen der im Protokoll niedergelegten Forderungen das deutsche Wirtschaftsleben in unsehbarer aufschmerzhafster Weise gefährden müßte. Die Alliierten werden nicht verlangen wollen, daß die deutsche Regierung eine derartige neue Verpflichtung übernimmt. Nach dem Inhalt der Note vom 8. Dezember sind sie selbst gewillt, eine verhältnismäßige Schädigung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands zu vermeiden; sie haben sich bereit erklärt, in eine Prüfung dieser Frage einzutreten, sobald ihnen das Verzeichnis des deutschen Hafensmaterials übergeben worden sei. Die deutsche Regierung möchte den Alliierten schon jetzt dieses und die sonst erforderlichen Nachweisungen ermitteln, aus denen sich ergeben wird, in welchem Maße die Erfüllung der gestellten Forderungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands lähmen würde. Sie hat eine Kommission von Sachverständigen beauftragt, um den Vertretern der a. und a. Mächte diese Nachweisungen vorzulegen und zu erläutern. Sie wird gleichzeitig bestimmte Gegenvorschlüsse über eine Art Schadenersatz machen, die, wenn sie auch bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands eine neue drückende Last bedeutet, doch nicht als mit seinen Lebensinteressen unvereinbar angesehen werden müßte.

Dann behandelt die deutsche Note die Schlussbestimmungen des Protokolls vom 1. November, die von den Alliierten vorgebracht wurden, und nimmt Kenntnis von dem Willen des Obersten Rates, zu keinen anderen militärischen Zwangsmaßnahmen zu greifen, bis zu dem Augenblicke, da der Friedenszustand durch die Unterzeichnung des Vertrags wieder hergestellt sein wird, von welchem Augenblicke an die Erfüllung der im Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen der Alliierten nacheinander durch die alliierten Bestimmungen des Friedensvertrages, sowie durch die von Frankreich alliierten anerkannten Methoden garantiert sein wird. Unter diesen Umständen hält die deutsche Regierung die früheren Einwände nicht aufrecht.

Nachdem sich die deutsche Regierung grundsätzlich zu einer Entschädigung für die Zerstörung der deutschen Kriegsschiffe bereit erklärt hat, glaubt sie erwarten zu dürfen, daß die noch immer zurückgehaltene Befragung unentgeltlich frei gelassen wird. Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß es auf dem angegebenen Wege geschehen wird, sofort die Unterzeichnung des Protokolls und die Inkraftsetzung des Vertrags zu ermöglichen und damit den von deutschen Volke und der ganzen Welt so heiß ersehnten Frieden zustandzubringen.

Die deutsche Regierung nimmt jedoch Kenntnis von der Absicht der französischen Regierung, die Organen heimzuführen, sobald die Ratifikationen niedergelegt sind. Die deutsche Regierung erhebt keinen Einwand gegen den Inhalt des Protokolls vom 1. November hinsichtlich der versprochenen Metalllieferungen und der Abtretung des Waffenstillstandes, wobei sie immerhin erklärt, daß diese ihr nicht zur Last gelegt werden könne.

Sch. Berlin, 16. Dez. (Privattelegr.) Eine Stellungnahme der Alliierten zur deutschen Note ist nicht vor Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche zu erwarten. In leitenden Berliner Regierungskreisen hält man es nicht für wahrscheinlich, daß die Alliierten die weiteren Verhandlungen abbrechen, ohne sogleich zu militärischen Zwangsmaßnahmen überzugehen.

Die Note bezieht sich alsdann mit den Sanktionen, die wegen der Verletzung der deutschen Flotte in Scapa Flow ausgesprochen sind. Die deutsche Regierung verzichtet darauf, im Einzelnen auf alle Sondernoten der Alliierten zu antworten, welche diese ihr in der Angelegenheit zugestellt haben.

Abreise der deutschen Sachverständigenkommission nach Paris. WB. Berlin, 15. Dez. Die deutsche Sachverständigenkommission ist gestern nach Paris abgereist. Sie wird geführt von Geh. Rat Seeliger. Außerdem gehören ihr an als Vertreter der Arbeiter Paul Müller, als Vertreter der Werften Rudolf Blohm, kerner Geh. Rat Eich vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Direktor Becker von der Hamburg-Amerikanische, Direktor Dr. Tetten von der Westwerft Bremen und ein Vertreter der Hamburger Regierung.

Sie beschränkt sich auf folgende Bemerkungen: Der angelegliche Widerspruch zwischen dem Memorandum vom 27. November und den Noten vom 2. Juni und 3. September besteht in Wirklichkeit nicht. Das Memorandum prüft die juristische Seite der Angelegenheit und führt die Hauptmomente zusammen, die ein Schiedsgericht zu berücksichtigen hätte. Infolge eines Uebersehensfehlers ist der Sinn eines Teils des Briefes vom 9. Mai des Admirals von Trotha ganz verändert wieder gegeben worden. Aus dem Originaltext, sowie aus den vorhergehenden und nachfolgenden Texten geht hervor, daß es sich um Inkonsequenzen handelte, die den Marineminister für die Unterbrechungen in Versailles genehen wurden und nicht um einen Befehl an Admiral von Reuter, wie es die Note der Alliierten vermutet. In dem Befehle der von Admiral von Reuter am 17. Juni dem Kommandanten der Kriegsschiffe übermittelt wurde und der von der britischen Admiralität veröffentlicht worden ist, wird gesagt, daß der Admiral erst dann zur Verletzung der Schiffe schreiten würde, wenn der Feind versuchen sollte, sich ihrer ohne die Einwilligung der deutschen Regierung zu bemächtigen, daß hingegen die Schiffe

Die maßgebenden Gründe für das Auslieferungsgeschehen. D. Berlin, 16. Dez. (Priv. Tel.) Wie wir von bejammerrichter Seite erfahren, werden für das Auslieferungsgeschehen der Feinde keine politischen und militärischen Gründe maßgebend sein. Es sollen vielmehr nur solche Personen ausgeliefert werden, die gemeiner Verbrechen, des Raubes, des Diebstahls, der Vergewaltigung usw. bezichtigt werden. Eine U a 24

*) Vol. Nr. 570.

Erneuern Sie baldigst das Abonnement auf die „Badische Presse“

